

## Soziale Arbeit als Koproduktion – Idee, Umsetzung und Perspektiven integrierter Handlungsansätze in der sozialen Stadtteilentwicklung für Kinder, Jugendliche und Familien

**BMFSFJ-Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C), 2000 bis 2006; Bestandsaufnahme**

### Programmziele

Das eigenständige Förder- und Programmziel „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) ist seit Ende 2000 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) verankert. Es soll als Programmplattform die über den KJP geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe, deren Ressourcen und Maßnahmen für benachteiligte Sozialräume mobilisieren sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen unterstützen. Zusätzlich sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die eine soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen fördern.<sup>1</sup>

### Ergebnisse Förderperiode 2000 bis 2006

#### *Umsetzungsebenen der Programmplattform E&C 2000–2006*

Mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von 2000 bis 2006 einen neuen Schwerpunkt gesetzt, um Kindern, Jugendlichen und deren Familien aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklung und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen. Die Programmplattform wurde als Partnerprogramm der Bundesländer-Initiative: „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Soziale Stadt) angelegt und bezieht ihre Aktivitäten auf alle Programmstandorte der „Sozialen Stadt“.

E&C hat kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in folgenden gesellschaftlichen Po-

litikbereichen gesetzt: soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder-, Jugendförderung und Unterstützung von Familien, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Ressourcen. Mit seiner anspruchsvollen Zielsetzung der Herstellung lokaler Bündnisse, der Stärkung von Selbsthilfekräften vor Ort und der Vernetzung unterschiedlicher Ressourcen hat das Programm E&C einen hohen Grad von Verantwortung an die beteiligten Akteure herangetragen und dabei auf deren Expertenschaft und Fachkompetenz vertraut.

Die Gewinnung einer Vielzahl von Akteuren war elementarer Bestandteil bei der Umsetzung. Für die Umsetzung des Programms und die Konzeption der Angebote durch die Regiestelle E&C standen zunächst spezifische Zielgruppen im Vordergrund, darunter Vertreter/innen der Bundes- und Landesebene, der Städte und Gemeinden, der Landkreise, der bundeszentralen freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, des Quartiersmanagements sowie Handelnde der Stadtentwicklungsplanung, Sozial-, Jugend- und Familienämter, Arbeitsämter (Arbeitsagenturen, Jobcenter), Schulen, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Jugendmigrationsdienste, Volkshochschulen, Wirtschaftsförderung und Berufsbildung.

Die Programmplattform E&C hat die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom BMFSFJ geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe aktiviert. Es wurden neue Modelle und Projekte entwickelt und erprobt, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern. Die Ansätze, Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wurden in die Maßnahmen der Gebietserneuerung eingebracht. Da die sozialen Probleme in den Programmgebieten nie auf nur eine Ursache zurückzuführen sind, hat E&C Akteure unterschiedlicher Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammengebracht. Durch E&C wurden unterschiedliche Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder verknüpft, damit sie als sinnvolles Ganzes wirken können.

1) Vgl. Richtlinien vom 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Der KJP räumt in Teil II, Förderziele und -programme, unter Kapitel 20 der Förderung der Entwicklung und Chancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten einen gesonderten Stellenwert ein. Zusätzlich wird im Kapitel 18 die Förderung sozialräumlicher und integrativer Ansätze zur sozialen und beruflichen Integration junger Migranten/innen besonders herausgehoben.

Die Umsetzung der Programmplattform E&C erfolgte in den Jahren 2000 bis 2006 auf den Ebenen:

- Zielgruppenkonferenzen,
- Regionalkonferenzen,
- Fachforen und Expertengespräche,
- Programmverfügungsmittel (Expertisen, Fonds),
- Programmbaustein „Netzwerke und Ehrenamt“,
- lokale Bündnisse in den E&C-/„Soziale Stadt“-Gebieten.

E&C war dabei seit Beginn im Jahr 2000 als prozesshaftes und lernendes Programm konzipiert, bei dem zu anfänglich bestehenden Programmteilen weitere Maßnahmen für soziale Brennpunkte mobilisiert und hinzugefügt wurden, darunter folgende inhaltliche Programmschwerpunkte und Teilprogramme des BMFSFJ:

- Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit“ – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen (1999);
- Freiwilliges Soziales Trainingsjahr – FSTJ (1999–2004);
- Vernetzung im Stadtteil und Stadtteilmanagement;
- Ressourcenorientierung – gezielte Einbeziehung von sozial benachteiligten Jugendlichen in Sport, Kultur und Politik;
- Anlaufstellen und Interessenvertretungen für junge Migranten/innen;
- Förderung von ehrenamtlichem Engagement in strukturschwachen ländlichen Gebieten – „Netzwerke und Ehrenamt“ (2000–2003);
- Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit (2000–2002);
- Lokale Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“ (2001);
- Kompetenzagenturen (2002–2006), Umsetzungsphase 200 Kompetenzagenturen;
- KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (2002);
- Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS (2003–2007);
- Bundesmodellprojekt „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“ – SoFJA (2002–2006);

sowie im Rahmen von Public Private Partnership Projekten:

- „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“, eine Bildungsinitiative von Microsoft Deutschland und Partnern (seit 2003);
- Gesundheit in Sozialen Brennpunkten: Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen

(BV BKK);

- „Starke Typen“: Nationale Kampagne in Sozialen Brennpunkten, Schirmherrin Frau Bundesministerin Dr. von der Leyen, Botschafter Ralf Möller.

Der 2004 begründete Nationale Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“, ein Zusammenschluss staatlicher, gesellschaftlicher und privater Institutionen, hat die positiven Erfahrungen der Kooperation der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen und von Landesvereinigungen der Gesundheitsförderung mit E&C aufgegriffen und setzt sich für seine künftige Arbeit in sozialen Brennpunkten die Schwerpunkte „Regionale Kooperation“, „Qualitätsentwicklung“ und „Vernetzung“.<sup>2</sup>

#### *Erreichte Zielgruppen*

Die Programmplattform E&C hat im Jahr 2006 regelmäßig über 11.000 Akteure in den derzeit 392 Gebieten des Programms „Die soziale Stadt“ und zusätzlich in 13 strukturschwachen ländlichen Räumen (Landkreisen) erreicht. Die Auswertung der ersten Programmphase (2000–2003) hat ergeben, dass in diesem Zeitraum 87 % der Kommunen und Landkreise durch die Veranstaltungsaktivitäten der Regiestelle E&C erreicht wurden. Dies waren zum Zeitpunkt der Erhebung über 190 Kommunen und alle 13 teilnehmenden Landkreise.

Seit Programmbeginn im Jahr 2000 bis zum August 2006 wurden bundesweit über 130 Zielgruppen- und Fachveranstaltungen durchgeführt. Von Juni 2005 bis Ende Mai 2006 verzeichnete die E&C-Homepage, auf der aktuelle Informationen, Dokumentationen, Fachexpertisen, die E&C-Newsletter und E&C-Journale sowie Kontaktadressen bereitgestellt werden, durchschnittlich über 15.000 monatliche Besuche. Über 61.000 unterschiedliche Besucher riefen in diesen 12 Monaten die E&C-Homepage auf.

#### *Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung*

Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C des Deutschen Jugendinstituts sowie der Programmevaluati-on „Soziale Stadt“ des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik dokumentieren,

- dass durch das Programm E&C in den Programmgebieten ressort- und ämterübergreifende Kooperations- und Managementformen angestoßen, erprobt und Fortschritte

2) Siehe auch Kooperationserklärung „Nationale Kooperation für Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ unter [www.gesundheitliche-chancengleichheit.de](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de)

in der ämter- und dezernatsübergreifenden Kooperation erzielt worden sind,

- dass die Stellung der öffentlichen Jugendhilfe als gestaltender Akteur im kommunalen Gefüge durch das Programm E&C gestärkt worden ist,
- dass durch das Programm E&C und seine Kopplung an die „Soziale Stadt“ günstige organisatorische Voraussetzungen geschaffen wurden, die die Umsetzung neuer Steuerungsinstrumente und sozialräumlich ausgerichteter Problemlösungsstrategien in Bezug auf die Planung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen in den Programmgebieten ermöglicht haben,
- dass integrierte lokale Strategien und Instrumente, wie z. B. das „Integrierte Handlungskonzept“, der „Integrierte Dienst im Stadtteil“ oder der „Lokale Aktionsplan“ erfolgreiche Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind und als fester Bestandteil einer sozialräumlich ausgerichteten Handlungsstrategie bundesweit Anerkennung gefunden haben,
- dass durch die Aktivitäten der Vernetzung, der Fortbildung und des Informationstransfers der nationalen Programmplattform E&C die Nutzbarkeit und der Nutzen anderer Bundesprogramme in erheblichem Maße befördert wurde,
- dass die Handlungsfelder „Bildung und Schule“, „Gesundheitsförderung“ und „Integration von Migranten/innen“, die im Programm E&C von Beginn an eine prominente Rolle gespielt haben, zentrale Schlüsselbereiche für positive Veränderungen in den Stadtteilen sind,

aber auch:

- dass in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“/E&C unverändert ein hoher Handlungsbedarf besteht sowie
- dass die Aufgabe der Verbesserung von Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Stadtteilen unter Beteiligung aller zivilgesellschaftlichen Akteure unverändert fortbesteht und weiterhin konsequenter öffentlicher Thematisierung und Bearbeitung bedarf.

#### *Aktuelle Politikstrategien und Initiativen des Bundes*

Die Ausrichtung der BMFSFJ-Programmplattform E&C – Sozialräumlichkeit, Lebenslagenansatz, Ressourcenbündelung, lokaler Aktionsplan – wird durch aktuelle Politikstrategien und Initiativen des Bundes aufgenommen und bestätigt:

Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung vom November 2005 setzt sowohl auf Fortschreibung und Weiterentwicklung des

Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und die verbesserte Bündelung mit Fördermöglichkeiten anderer Ressorts als auch auf die Weiterentwicklung und Verbesserung von Kooperationsstrukturen zwischen Elternhaus, Schule und Jugendhilfe für ein gelingendes Aufwachsen und verbesserte Bildungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Auch in der nächsten ESF-Förderperiode werden jugendintegrative Maßnahmen in den sozialen Brennpunkten des Programms „Soziale Stadt“/E&C durch die Bundesregierung gefördert.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt das erfolgreiche Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) fort. Das seit 2003 durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Programm soll benachteiligten Menschen helfen, auf dem Arbeitsmarkt Tritt zu fassen und zugleich lokale Strukturen stärken. Am 1. Juli 2006 startete in bundesweit 281 Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf die vierte Förderperiode.

Seit 2004 macht sich die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür stark, durch konkrete Projekte vor Ort die Lebensbedingungen für Familien zu verbessern. Bundesweit engagieren sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen in ihrer Stadt oder Region. Über 1.200 kleine, mittelständische und große Unternehmen beteiligen sich als aktive Partner. Die Bündnisakteure etablieren in deutschen Städten, Regionen und Gemeinden neue Betreuungsangebote für Kinder, fördern das Miteinander der Generationen und setzen sich dafür ein, dass Eltern Beruf und Kind besser miteinander in Einklang bringen können. Ziel der Initiative ist es, durch eine Vielzahl lokaler Bündnisse einen Wandel hin zu mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland zu unterstützen. Die Lokalen Bündnisse für Familie arbeiten an rund 300 Standorten in ganz Deutschland für diese Ziele.

Um die Bindungen zwischen den Generationen zu festigen, die Gesellschaft für junge wie für alte Menschen zukunftsfähig zu gestalten und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, hat die Bundesregierung mit dem Aufbau des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser begonnen. Die im Stadtteil verankerten Häuser bieten ein breites Informationsspektrum und verbinden ehrenamtliche Tätigkeit, Selbsthilfe und professionelle Unterstützung zu einem umfassenden Angebot für Menschen jeden Alters. Damit sind Mehrgenerationenhäuser wichtige Anlaufstellen für Risikofamilien, die hier Unterstützung und Rat finden. Die Einrichtungen bieten praktische

Hilfe bei der Kinderbetreuung, unterstützen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz, machen Angebote im Rahmen der Gesundheitsförderung und schaffen eine Plattform für Dienstleistungsangebote.

Die Entwicklung integrierter lokaler Strategien in Form eines lokalen Aktionsplans zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie soll an das bisherige erfolgreiche Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ anknüpfen.

Bundesweit erreichten die Kompetenzagenturen von 2003 bis 2006 weit über 5.000 Jugendliche und vermittelten sehr viele der erreichten Jugendlichen in Ausbildung oder Arbeit, in Schulen oder Förderangebote. Zentrale Elemente der Kompetenzagenturen waren dabei neben dem Case-Management die Verzahnung präventiver Angebote sowie funktionierende Netzwerke für eine erfolgreiche Lotsentätigkeit. Mit ihrem jugendhilfespezifischen Know-how etablierten sich die Kompetenzagenturen als Partner für die Akteure der Arbeitsverwaltungen und Kommunen. 15 der 16 Kompetenzagenturen stellten ihr Fortbestehen über das Laufzeitende des Modellprogramms sicher. Viele Kommunen und ARGEN zeigen bereits großes Interesse an dem von den Kompetenzagenturen entwickelten Instrumentarium. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kündigte mit Blick auf die guten Vermittlungsquoten und die insgesamt weit über 5.000 erreichten Jugendlichen eine Ausweitung des Modellprogramms auf bis zu 200 Kompetenzagenturen an.

Aktuelle Schätzungen weisen darauf hin, dass ca. ein bis zwei Prozent der Schüler/innen an allgemeinbildenden Schulen bereits verfestigte Formen der Schulverweigerung bzw. Schulvermeidung aufweisen. Experten gehen davon aus, dass von insgesamt 12,4 Mio. Schüler/innen etwa 10 % die Schule über Wochen und teilweise Monate hinweg schwänzen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat diesen Handlungsbedarf erkannt und deshalb im Jahr 2006 das Modellprojekt „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ gestartet, welches aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird. An ca. 50 Standorten im gesamten Bundesgebiet werden lokale Projekte gefördert, die schulverweigernde Schüler/innen dabei unterstützen, wieder regelmäßig die Schule zu besuchen und so ihre Chancen auf einen Schulabschluss und damit auch auf einen Ausbildungsplatz deutlich zu erhöhen. In diesen Koordinierungsstellen vor Ort stehen den Jugendlichen Case-Manager/innen als Begleiter/innen zur Verfügung.

Insgesamt sollen auf diesem Wege bundesweit zunächst ca. 1.000 junge Menschen Angebote erhalten, um einen Weg zurück in den Schulalltag zu finden.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) räumt in seinem Kapitel 18 der Förderung sozialräumlicher und integrativer Ansätze zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund einen hohen Stellenwert ein. Mit den ab 1. Januar 2001 in Kraft getretenen neuen Richtlinien des Kinder- und Jugendplan des Bundes wurde das Programm 18 „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“ für weitere Zielgruppen geöffnet. Im Zuge der Weiterentwicklung dieses Programms wurden die ehemaligen Jugendgemeinschaftswerke umgestaltet in Jugendmigrationsdienste. Sie sind sozialräumlich ausgerichtet und fungieren damit als zentrale Stelle für alle kommunalen und regionalen Kooperationspartner, die sich um die Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund bemühen. In der regionalen Arbeit im Stadtteil ergeben sich vielfältige Schnittstellen zu den Bundesprogrammen.

Im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ werden demnächst zusätzliche 40 Mio. Euro für nicht investive Maßnahmen in den Programmgebieten E&C/„Soziale Stadt“ bereitgestellt, um Modellvorhaben zur Verbesserung von Schulabschlüssen, Initiativen für neue Beschäftigungsangebote für Jugendliche und Maßnahmen der Integration von Migranten/innen zu unterstützen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat nach der Programmbegleitung 1999 bis 2003 ab 2004 eine „Bundestransferstelle Soziale Stadt“ eingerichtet. Zu den vorrangigen Aufgaben der Bundestransferstelle gehören der weitere Ausbau des bundesweiten Netzwerks zur integrierten Stadtteilentwicklung und eine internationale Erweiterung des Informationstransfers und Erfahrungsaustauschs.<sup>3</sup>

### **Anmerkungen für eine Zukunft von E&C**

#### *Beobachtung, Begleitung, Bündelung*

Aus den Erfahrungen der Regiestelle der Programmplattform E&C in den Jahren 2000 bis 2006 lässt sich feststellen, dass bei der Umsetzung der Programmlinien des BMFSFJ kontinuierlich Schnittstellen an den Schlüsselthemen der erfolgreichen Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten bearbeitet werden müssen.

3) Hierzu: [www.sozialestadt.de/programm/programmbelegung](http://www.sozialestadt.de/programm/programmbelegung), Deutsches Institut für Urbanistik.

Wie zuletzt auch der Expertenworkshop „Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene“ der „Bundestransferstelle Soziale Stadt“ beim Deutschen Institut für Urbanistik bestätigt hat, gehört E&C (wie z. B. auch die Bundesprogramme KuQ und LOS) zu denjenigen „neuen“ Förderprogrammen, die für nicht investive Projekte zunehmende Bedeutung in den Programmgebieten haben: Sie sind die einzigen von der Bundesebene initiierten, die auf die Gebietskulisse der „Sozialen Stadt“ abstellen. Sie verkörpern erfolgreich eine horizontale Ressortabstimmung für Bündelung auf der Bundesebene:

„Das Bund-Länder-Programm ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt‘ und das Programm ‚Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C‘ sind Ausdruck dieser politischen Kontextsteuerung: Im Sinne einer ‚Good Governance‘ soll eine nachhaltige, integrierte soziale Stadt(teil)entwicklung gefördert und erreicht werden. Die Forderung nach integrierten Planungskonzepten und damit auch nach Mittelbündelung begründet sich durch die Wechselwirkung zwischen den Handlungsfeldern, Zielinterdependenzen, knappen Ressourcen und strukturellen Hemmnissen bzw. einander widersprechenden Zielen und Interessen. Zwischenergebnisse der Bundeskoordinations- und Transferstelle beim Deutschen Institut für Urbanistik bzw. auf den jeweiligen Länderebenen (z. B. vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen – ILS Nordrhein-Westfalen) zeigen, dass diese Bündelung eine erfolgreiche Strategie ist“ (Dokumentation des Expertenworkshops „Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene“ 2006, S. 69, 127ff)<sup>4</sup>.

Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass der Bereich Ressourcenbündelung, wie ihn das Programm E&C seit dem Jahr 2000 erfolgreich umgesetzt hat, – also Mobilisierung von Ressourcen und Maßnahmen für benachteiligte Sozialräume über die im Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderte Infrastruktur, Qualifizierung und Weiterentwicklung der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen und Entwicklung und Erprobung neuer Maßnahmen, die eine soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen fördern – auch

4) Vgl. auch Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (2004): „Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich mit eigenen Programme (E&C und seine Bestandteile) über einen längeren Zeitraum eindeutig auf das Programm Soziale Stadt bezogen – und wie die Evaluation zeigt, ist diese Beteiligung von großer Bedeutung und für die Erreichung der Ziele höchst förderlich“ (S. 6).

in Zukunft eine hohe Bedeutung haben wird.<sup>5</sup>

Bundesweite Programme und ihre Aktivitäten müssen aufeinander abgestimmt bzw. miteinander abgeglichen werden. Der Aspekt der Bündelung und Gesamtschau aus den Erfahrungen des Bundesmodellprogramms E&C heraus bietet den vielen tausend Akteuren in den Programmgebieten eine zusätzliche Dienstleistung in Form von kontinuierlichem Informationstransfer und ersten Umsetzungshilfen, wenn nötig bereits im Vorfeld der Programmvorbereitung, was zu verbesserten Resultaten bei der Umsetzung der Programmlinien des BMFSFJ beiträgt. Der Anschluss an gerade beendete, vorhandene und beschlossene „andere“ Programme, Verfahren und Strukturen kann auf diese Weise gesichert werden.

#### *Programmdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit*

Ebenfalls wurde im Verlauf der Programmperiode E&C 2000–2006 der Bedarf des BMFSFJ nach einheitlicher und qualitativ hochwertiger Programmdarstellung des Handlungsfeldes „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, von Teilprogrammen sowie miteinander korrespondierenden Programmlinien, z. B. bei Sonderveranstaltungen, Fachgesprächen, bundesweiten Messen, Konferenzen, Jugendhilfetag oder im Rahmen von Beteiligungen, etwa am Preis „Soziale Stadt“, deutlich.

Es ist aus den Ergebnissen der jetzigen Programmphase abzuleiten, dass dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Dissemination der Fachergebnisse, Vertretung des Programms E&C auf Fremdveranstaltungen, Präsenz in Gremien und Arbeitskreisen sowie in Form von qualifizierter Zuarbeit zu den Kommunikationsstrategien des BMFSFJ bei der Umsetzung der Programmplattform E&C ab dem Jahr 2007 ein erhöhter Stellenwert beizumessen ist. Darüber hinaus ist das vorhandene Fachprofil E&C weiterzuentwickeln, bezogen auf die Gebiete und Programme der „Sozialen Stadt“ zu kommunizieren und für Städte, Gemeinden und Kreise außerhalb der Programmgebiete, aber mit vergleichbaren Problemlagen, nutzbar zu machen.

#### *Handlungsfelder einer integrierten Fachpolitik*

Der als fachlicher Ansatz der Kinder- und Jugendhilfe bundesweit geltende Lebenslagenansatz, der der Entwicklung des Bundesmodellprogramms E&C zugrunde lag, bildet sich in den 2000 bis 2006 bearbeiteten Themen der Programmplattform E&C ab.<sup>6</sup>

5) Vgl. Richtlinien vom 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes.

6) Vgl. auch das E&C-Archiv unter [www.eundc.de](http://www.eundc.de)

Zur Bewältigung benachteiligender Lebenslagen empfiehlt sich aus den Erfahrungen von E&C ein abgestimmtes lokales Konzept unter Einbeziehung folgender Handlungsfelder einer integrierten Fachpolitik auf der Ebene der Themen und Elemente von Inklusionspolitik:

- Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe, insbesondere Übergang Schule – Beruf und Arbeitsmarktintegration,
- Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund, kulturelle Vielfalt und interkulturelle Praxis,
- Frühkindliche Förderung und Erziehung, Bildung und Kompetenzentwicklung,
- Gesundheitsförderung und präventive Strategien,
- Familienförderung/Familienbildung,
- Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Auf der Ebene der Aktionen von Kommunalpolitik empfiehlt sich:

- Jugendberufshilfe und Beschäftigungsförderung junger Menschen,
- Neugestaltung kommunaler Selbstverwaltung hinsichtlich der Entwicklung des Verhältnisses von öffentlichen und privaten Akteuren sowie der Bürgerbeteiligung/Beteiligungungsverfahren,
- Sozialräumlichkeit, lokale Aktionspläne, Arbeitsansätze der Koproduktion,
- Kooperation, Vernetzung und intermediäres ressortübergreifendes Agieren, Stadtteil- und Quartiersmanagement,
- Integrierte Planung unter Berücksichtigung der Bedeutung von sozialem Nahraum und demografischer Entwicklung für die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien,
- Lokale Zentren und integrierte Dienste im Stadtteil,
- Europäische Erfahrungen und Politiken, transkommunaler Austausch.

Unter dem Gesichtspunkt, dass soziale Integration sich letztlich an der Eingliederung in Arbeit und Beschäftigung zeigt, sind alle Maßnahmen und Handlungsfelder auf dieses Ziel auszurichten.

Ein wesentliches Spannungsfeld sozialer Brennpunkte entsteht aus dem Prozess von „Segregation und Polarisierung“ einerseits und „sozialer Inklusion“ andererseits. Die Erfahrungen aus den Programmgebieten E&C/„Soziale Stadt“ zeigen, dass dabei nach Städtetypen (z. B. Stadt – Land, schrumpfend – stagnierend – wachsend, Nord – Süd – Ost – West u. a.) und den daraus resultierenden Merkmalskombinationen differenziert werden muss.

Die Erfahrungen aus der bisherigen Programmperiode E&C zeigen, dass integrierte

Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen guten Handlungsansatz darstellen, dass aber zukünftig eine wichtige Aufgabe darin bestehen muss, diese auf spezifische Themen, Problemlagen und Ziele hin weiterzuentwickeln.

So könnten die kommunalen Vertreter/innen ausgehend von den bei ihnen vorkommenden Problemkonstellationen einen Mix von Interventionen zur Anwendung bringen. Eine vollkommene Abkopplung von der baulichen Struktur wird nicht befürwortet, da unterschiedliche räumliche und bauliche Gegebenheiten jeweils verschiedene Vorgehensweisen befördern oder verhindern.

Für die im Programm E&C befindlichen Stadtteile gilt ferner, dass es sich um problematische Gebiete im jeweiligen Referenzrahmen der Stadt handelt. Um richtige Antworten auf die komplexen Problemlagen in den Programmgebieten E&C/„Soziale Stadt“ geben zu können, sollten deshalb Empfehlungen zur Differenzierung von Stadtteilen, z. B. in Zuwanderungsgebiete bzw. Gebiete mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, berücksichtigt werden. Dies bedeutet, diese Gebiete auch so zu benennen, ihnen diese Aufgabe zuzuweisen und sie mit angemessenen Mitteln auszustatten (sowie die Konzepte der Einrichtungen und Dienste entsprechend auszurichten), und nicht den Versuch zu machen, sie auf den städtischen Durchschnitt zu bringen (Dokumentation des Expertenworkshops „Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene“ 2006, S. 128).

Auf der Grundlage der Praxisberichte und der Berichte der lokalen Koordinierungsstellen LOS der Kommunen kommt dem Governance-Ansatz eine entscheidende Bedeutung für Sichtweisen, Problemeinschätzungen und die daraus abzuleitenden kinder- und jugendpolitischen Erneuerungsstrategien zu, wie sie sich z. B. in den Instrumenten der lokalen oder strategischen Netzwerke, der lokalen Aktionspläne und Bündnisse oder auch in dem Prinzip der Beteiligung und Partizipation ausdrücken.

#### *Weiterentwicklung der Fachstandards der Kinder- und Jugendhilfe*

Das Programm E&C hat in seiner Programmphase 2000 bis 2006 das Handlungsfeld integrierter Strategien für benachteiligte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten für die Akteure in den Programmgebieten erschlossen, diversifiziert, in den Fachdiskurs eingebracht und eine anerkannte neue Qualität der Fachstandards der Kinder- und Jugendhilfe begründet. Die Aufgabenstellung für eine nächste Programmperiode würde darin beste-

hen, diese Fachstandards weiterzuentwickeln sowie Benchmarks und Indikatoren für ihre gelungene Umsetzung zu entwickeln.

In den Gebieten der „Sozialen Stadt“/E&C gibt es inzwischen vielfältige entwickelte Strukturen mit lokal unterschiedlichen Traditionen und Ausprägungen. Institutionalisierte Gremien bieten den Bewohnern/innen aktive Teilhabe an der Planung und Durchführung von Projekten. Die von Bewohnerinitiativen selbstorganisierten Veranstaltungen und Projekte bieten Möglichkeiten zur Begegnung und zum Austausch. Neben diesen projektorientierten Arbeitsgruppen arbeiten Bewohner/innen in kontinuierlichen Gremien mit: Mieterbeiräte, Interessengemeinschaften, Zukunftswerkstätten.

Mit den Vergabebeiräten, Begleitausschüssen, Vergabejurys, Quartiersfonds wurden Bewohner/innen sozialer Brennpunkte direkt in Entscheidungsprozesse eingebunden. Gerade dadurch konnten neue Akteure in den Gebieten gewonnen und aktiviert werden. Quartiersforen dienen der regelmäßigen Information der Bewohner/innen über die Quartiersmanagement-Arbeit und Quartiersbelange. Auf die Teilnahme und die Teilhabe von Bewohnern/innen nichtdeutscher Herkunft wird dabei außerordentliche Aufmerksamkeit verwendet.

Im Rahmen der Arbeit der Programmplattform E&C ist es gelungen, dass die Jugendämter und die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu aktiven und gestaltenden Akteuren der sozialen Erneuerungsstrategien in sozialen Brennpunkten geworden sind. In dem Maße, wie die städtebauliche Erneuerung durch Wohnumfeldverbesserung sowie soziale Infrastrukturbauten fortgeschritten ist, zeigt sich, dass Projekte, Maßnahmen und Dienste im Zentrum der sozialraumbezogenen Handlungsstrategien stehen, die folgende Themenstellungen zum Gegenstand haben:

- Soziale Integration,
- Aktive Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche,
- Familienförderung,
- Bildung (insbesondere auch die Vermittlung von sozialen und ausbildungsbezogenen Schlüsselqualifikationen),
- Arbeitsmarktintegration.

Diese Schwerpunktverlagerung vom Städtebaulichen zum Sozialen ist in allen E&C-/„Soziale Stadt“-Gebieten zu verzeichnen. Auffallend ist, dass Jugendliche in den o.g. Strukturen wenig bis gar nicht vertreten sind bzw. sich dort nicht engagieren.

Die Quartiersmanagements organisieren hinsichtlich der Partizipation von Jugendlichen meist temporäre Sonderfälle, ergänzend schaffen (wenn vorhanden) Kinder- und Jugendbü-

ros punktuelle Möglichkeiten der Einflussnahme. Jugendinteressen werden meist durch Dritte vertreten, die Jugendlichen repräsentieren sich jedoch nicht ausreichend selber und es fehlen authentische Übungsfelder.

## Literatur

Informationsstelle Bündelung und Vernetzung in der Bundestransferstelle (Hg.) (2006): Soziale Stadt. Mittel- und Ressourcenbündelung auf der kommunalen Handlungsebene. Dokumentation des Expertenworkshops am 24. November 2005 in Berlin. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Wiesbaden  
Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) (2004): Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen. Online-Publikation unter: <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/evaluationsberichte/DF9385.pdf>

## Kontakt

Hartmut Brocke  
Direktor der Stiftung SPI  
Müllerstraße 74  
13349 Berlin  
Tel: 030/45979333  
E-Mail: [info@stiftung-spi.de](mailto:info@stiftung-spi.de)